

Mit Rainer Haas über guten Morgen an diesem Samstag widmen wir uns ausschließlich der Frage warum, warum die Ukraine doch gelobt wird von den USA, warum Benzin und Diesel in Österreich so teuer sind und wohl auch bleiben werden, warum die nächsten Starkregenereignisse wieder für Probleme sorgen werden und wieso Maria Lassner in China bald bekannt werden dürfte und in Berliner Luxus kaufe hat Lafayette bald Bücherregale statt Kleiderständer stehen könnten. Das alles sind noch mehr in der kommenden halben Stunde, weshalb der Sommer noch nicht

vorbei ist, weiß Daniel Zeininger. Einiges an Sonne und sommerliche Temperaturen bringt das Wochenende. Allerdings sind auch immer wieder Wolken dabei, teilweise auch Schauer und heute früh halten sich in manchen Regionen Nebelfelder. In den Landeshauptstätten scheint die Sonne im Moment, in Wien zwischen 13 und 17 Grad, Eisenstadt und St. Pölten 16, Linz 15, Salzburg 14, Innsbruck 13 Grad, Bruggens 14, Graz 15 und in Klagenfurt 14 Grad im Moment. Der Sonnenschein überwiegt heute nur ein paar Wolken ziehen durch, am Vormittag fallen wir im Norden vom Mühlviertel bis zum Weinviertel. Die Nebelfelder etwa im Mürztal lösen sich nach und nach auf. Am Nachmittag können dann stellenweise gewittrige Regenschauer entstehen, besonders im Berg und

Hügeland. Die Temperaturen steigen heute auf 23 bis 29 Grad und auf den Bergen in 2000 Meter Höhe auf 12 bis 16 Grad. Morgen am Sonntag von Veralberg bis Kärnten wieder auf Sonnig, nach Norden und Osten hin aber windig und wechselhaft mit Sonne, Wolken und gewittrigen Schauern. Die

Höchstemperaturen morgen 20 bis 28 Grad, am wärmsten wird es im Westen und Süden. Vor rund drei

Monaten hat die Ukraine ihre Offensive im Süden des Landes begonnen und zuletzt hat es aus westlichen Militären Geheimwinkreisen immer öfter Kritik gegeben, dass die Offensive nur schleppend vorankomme und ihr Ziel den Vorstoß bis zum Assoschen mehr vielleicht nicht erreichen könnte. Umso aufbauender ist es für Kyiv vermutlich, dass der Sprecher des US-Sicherheitsrats gestern plötzlich doch von beachtlichen Fortschreiten der Ukraine berichtet, wie jetzt eben Christian Leninger berichtet. Es ist eine Anerkennung der ukrainischen Anstrengungen durch die USA auf

die Kyiv vermutlich schon lange gewartet hat. Wir haben in den letzten 72 Stunden deutliche Fortschritte der ukrainischen Streitkräfte im Süden bei Saporische festgestellt, erklärt John Kirby, der Sprecher des Nationalen Sicherheitsrats der USA und weiter. Sie hatten Erfolge gegen die zweite russische Verteidigungslinie, meint Kirby, während aber auch, dass der Ukraine noch harte Kämpfe bevorstehen würden. Die Fortschritte, von denen Kirby spricht, beziehen sich vermutlich auf Geländegewinne rund um das Dorf Robrountinier, dessen Einnahme die Ukraine diese Woche gemeldet hat.

Ziel der nun schon fast drei Monate laufenden Offensive ist es ja, die von Russland gehaltene Landbrücke zwischen Russland und der Krim zu durchbrechen. 100 Kilometer ist diese ungefähr breit und die Ukraine ist bis her kaum mehr als 10 Kilometer vorgetrunken. Mittlerweile stehen die ukrainischen Truppen aber tatsächlich in mitten der stark befestigten russischen Verteidigungslinien und gelingt ihnen hier in Durchbruch, dann kommen sie danach vermutlich deutlich schneller voran. In den letzten Wochen hat es in US-Medien her deutliche Kritik, an denen nur langsamen ukrainischen Fortschritten gegeben, meist unter Berufung auf Geheimdienst oder Militärmitarbeiter,

die ihre Namen nicht genannt sehen wollten, Kritik über die KIA verbost war. Ich würde allen Kritikern raten, den Mund zu halten, in die Ukraine zu kommen und dort zu versuchen, auch nur einen einzigen Quadratzentimeter selbst zu befreien, meinte diese Woche der ukrainische Außenminister Dmitry Kuleba. Damit nach Österreich das tanken im Sommer ja deutlich teurer geworden, im Schnitt zahlt man derzeit 1,70 Euro für einen Liter Treibstoff. Der Autofahrerklub EMDC kritisiert nun die Mineralölindustrie. Die Preise für Benzin und Diesel sind deutlich kräftiger gestiegen als der Preis für Erdöl, so der Vorwurf. Die Industrie hingegen verweist auf die hohe internationale Nachfrage berichtet Hannah Sommersacher. Ein voller Tank hinterlässt derzeit ein großes Loch im Geldbörsel. Ein Liter Diesel kostet 20 Cent mehr als im Juli, ein Anstieg um 25 Prozent. Ein Liter Superbenzin ist über den Sommer um 15 Cent und damit um 18 Prozent teurer geworden. Woher kommt dieser Anstieg? Die Ölpreise hätten hier einen gewissen Einfluss, sagt ÖAMTT Verkehrswirtschaftsexperte Martin Graslober. Aber dennoch muss man sagen, dass die Kraftstoffpreise weiter aus stärker gestiegen sind als die Ölpreise. Beim Diesel waren es seit Anfang Juli eben 25 Prozent, beim Super gute 18 Prozent, beim Öl in Euro gerechnet aber nur 15 Prozent. Das heißt, es gibt hier einen erheblichen Anteil, der eben nicht durch die Ölpreise erklärbar ist und hier ist aus Sicht des EMDC die Mineralöl Industrie gefordert eben auch Antworten zu liefern. Im Sommer sorgt der Ferienseeverkehr traditionell für eine höhere Nachfrage. Eine Verbrauchsspitze sei aber vor allem beim Benzin erkennbar. Beim Diesel ist diese Spitze weiter als weniger ausgeprägt. Der besonders starke Preisanstieg beim Diesel könne also mit dem Reiseverkehr nicht erklärt werden. Entscheidend seien die Produktnotierungen, also der Preis, zu dem Diesel international gehandelt wird, erklärt Hedwig Doloszeski, Geschäftsführerin des Fachverband der Mineralölindustrie in der Wirtschaftskammer, denn 60 Prozent des Diesels wird in Österreich importiert. Die Produktnotierungen auch davon hängt der Preis an der Tankstelle ab. Für Diesel speziell sind seit Anfang des Jahres um 33 Prozent gestiegen. Für die Herstellung von Diesel braucht die Industrie Mitteldestillate. Da seien die Lagerbestände seit Jahresbeginn gesunken. Das wiederum hänge mit der Preispolitik der OPEC zusammen, also der Organisation der Erdöl exportierenden Länder. Die versucht durch die Produktionskürzungen, die Ölpreise stabil zu halten. Dadurch komme weniger Rohöl auf den Markt. Die Nachfrage ist also hoch, das Angebot aber knapp. Für Autofahrerinnen und Autofahrer dürfte es wenig beruhigend sein, dass die Organisation OPEC Plus weitere Angebotsbeschränkungen angekündigt hat, Details soll es kommende Woche geben. Insgesamt dürfte das Preisniveau hoch bleiben, denn dazu kommen strengere Klimaziele in Europa, sagt Branchenvertreterin Doloszeski. Da müsse die Industrie zusätzliche Stoffe beimischen, sind die teurer als der fossile Rohstoff, schlage sich das im Preis nieder. Und auch der CO2-Preis steige mit Jahreswechsel von 32,50 Euro auf 45 Euro pro Tonne CO2. Und das merken wir dann auch wieder an der Zapfsäule, weil das im Prinzip

dann draufgeschlagen werden muss. Laut der aktuellen Schnellschätzung ist die Inflation im August auf 7,5 Prozent gestiegen, vor allem wegen der Treibstoffpreise. ÖAMTC-Sprecher Graslober betont, die Kraftstoffpreise waren in der Vergangenheit ein Treiber der Inflation und wenn es so weiter geht, dann werden sie jetzt auch weiterhin bleiben. Er trübe Aussichten also für den Herbst. Zu weiterem unbildnun, unwetternd hochwässer haben in diesem Sommer bereits ja für hunderte Millionen Euro an Schäden gesorgt. Alleine Kärnten waren 62 der 132 Gemeinden betroffen mit überfluteten Kälern oder zerstörten Landesstraßen. An der BOKO, also der Universität für Bodenkultur in Wien, wird derzeit untersucht, wie anfällig Gebäude in Österreich verschieden durch Hochwassermuhren oder Lawinen sehen. Und da zeigt sich, gleiche des Siebente Gebäude in Österreich ist gefährdet, berichtet Victoria Waldegger. 2,4 Millionen Gebäude in Österreich hat das Institut für alpine Naturgefahren der BOKO Wien untersucht und anhand des Standorts die möglichen Gefahren dort analysiert. Das Ergebnis 15 Prozent, also jedes siebte Gebäude ist von Extremwetter eigenes bedroht, vor allem von Hochwasser, sagt Studienleiter Sven Fuchs. Die Zahl hat uns auch sehr überrascht. Vor allem wenn wir es dann nach unterschiedlichen Gebäudekategorien oder Typen auflösen, dann ist hier schon sehr auffällig, dass es einerseits die Wohngebäude betrifft. Also Wohngebäude in Österreich sind etwa 85 Prozent des gesamten Gebäudebestands und rund 13 Prozent davon sind im Grunde dann hier exponiert. Gewerbegebäude gibt es deutlich weniger, hier ist sogar jedes fünfte Gebäude bedroht. In den letzten Jahren wurde in Österreich viel in den Hochwasserschutz, also etwa in Dämme oder Rückhalteflächen investiert. Dennoch ist die Zahl der Schadensfälle über die Jahre hinweg gleich geblieben, denn obwohl es mehr technische Verbauungen gibt, gibt es eben auch deutlich mehr Gebäude, sagt Fuchs. Insgesamt muss man sagen, dass jetzt der Gebäudebestand über die letzten 100 Jahre um etwa einen Faktor 6 in Österreich gestiegen ist und das ist doch ein sehr beachtlicher Wert. Und der dritte Punkt, der jetzt hinzukommt, ist eben die Auswirkungen des Klimawandels, wo eben Ereignisse häufiger auftreten. Was das für das eigene Wohngebäude bedeutet, kann man per Mausclick unter [hora.gv.at](http://hora.gv.at) anschauen. Forscher der Technischen Uni Wien haben sich dafür die österreichischen Flüsse angesehen und 3D-Simulationen für viele Adressen in Österreich erstellt, sagt Leiter Günter Blöschl. Man kann da was ableiten, wie sehr das eigene Haus gefährdet ist. Wenn das Haus innerhalb der 30-jährigen Zone ist, dann ist Wahrscheinlichkeit, dass dieses Gebäude in einem Jahr überflutet wird, ein 30er. Und da muss man sich darauf vorbereiten. Kommt es dennoch zu einem Schaden, könnten Hausbesitzer daraus auch lernen, um sich vor weiteren Schäden zu schützen? Die Forscher vom Institut für Albinienatur gefahren der Bokowin haben Gebäude mit Unweerschäden der letzten Jahre begleitet und dabei herausgefunden, dass die meisten Besitzer es verabsäumen, beim Wiederaufbau auch bauliche Schutzmaßnahmen zu setzen, sagt der stellvertretende Leiter Sven Fuchs. Die meisten Reparaturen und Wiederaufbauten, da werden die Gebäude genauso wiederhergestellt. Dabei würden schon kleine Änderungen, wie etwa

Keller, Schächte oder Schwellen, weitere Schäden verhindern oder zumindest abmildern. Denn Extremwetter erheigen sie nehmen zu, auch deshalb tritt Fuchs für eine Pflichtversicherung ein. Denn der Katastrophen vordecke eben nur einen Teil des Schadens ab. Zumal es ja auch so ist, dass der Katastrophenfonds letztlich aus Steuergeldern dotiert wird. Das bedeutet auch, wenn sie jetzt persönlich nicht das Gefühl haben für diese Schäden mitzuzahlen, dann tun sie es über ihre Steuern nämlich trotzdem.

Das heißt im Grunde genommen wäre das gar nicht so viel anders, wenn wir eine Pflichtversicherung

hätten, wo eben alle Eigentümer von Immobilien hier in diesen Topf hineinzahlen. Frankreich, Spanien und die Schweiz haben eine solche Pflichtversicherung bereits. Es gehe also genügend Beispiele für eine sinnvolle Umsetzung, sagt der Experte. Rund 80 Prozent der Menschen werden daheim gepflegt. Meist von Frauen, also Töchter und Schwiegertöchtern und anderen. Und die Hälfte

von ihnen fühlen sich durch die Pfl egetätigkeiten, für die sie ja dann auch noch gar nicht ausgebildet sind, stark belastet. Die Politik sollte darauf reagieren, mit mehr Demenzschulungen und fallmehr professionelle Unterstützung, berichtet Katja Tover. Big Five, also fünf entscheidende Punkte, die sind es, die dazu führen, dass sich pflegende Angehörige stark belastet fühlen, sagt Martin Nagel Kupall, Vorstand des Instituts für Pflegewissenschaften der Universität Wien, der die betreffenden Daten gemeinsam mit der Karl-Lahnsteiner-Universität ausgewertet hat. Punkt eins, die Art der

Pflege. Da ist es vor allem direkte Pflege, also Tätigkeiten, die sehr stark körperlich bezogen sind, Essen geben, trinken, Toilette, Inkontinenz und so weiter. Je mehr sie solche Tätigkeiten ausführen, desto stärker fühlen sie sich belastet. Punkt zwei, der zu starken Belastungen führt, wenn zur körperlichen Pflege auch Verhaltensauffälligkeiten kommen. Was sehr stark häufig in Richtung Demenzinweist, das heißt, wann bei der pflegebedürftigen Person Verhaltensauffälligkeiten sichtbar werden, fühlen sich pflegende Angehörige viel stärker belastet, also wie man das nicht vorlegt. Punkt drei ist der Grad der Pflegebedürftigkeit und damit einhergehend Punkt vier, der Faktorzeit. Je mehr man für die Pfl egetätigkeiten aufwenden, musstest du belastender. Wir haben ja fast 50 Prozent der pflegenden Angehörigen, die sagen, sie sind so gut wie rund um die Uhr mit der Pflege beschäftigt. Und zu viel Belastung führt zur eigener Krankheit der pflegenden Angehörigen oder verstärkt sie, das ist der fünfte und letzte große Punkt. Und irgendwann wird das Belastung eine Überlastung und irgendwann geht es dann halt nicht mehr, dann muss man sich halt Alternativen suchen und dann ist also unter Umständen pflegeheim die letzte Lösung für viele. Und das wollen nicht nur die Betroffenen nicht, das heim ist auch für den Staat die teuerste Variante. Deshalb so pflegeprofessor Martin Nagelkupal.

Was ganz wichtig ist, dass man diesen Bereich der direkten Pflege von den Angehörigen mal wegbringt und die es in professionelle Hände gibt. Also warum sich das Pflegesystem zum Beispiel in Skandinavien anschaut, um pflegende Angehörige sehr wenig mit dieser unmittelbaren direkten Pflege zu tun. Also das muss meiner Meinung nach einmal weg von ihnen. Das heißt, mehr mobile Pflege. Richtig, das mehr professionelle Pflege. Das Ganze muss in professionelle Hände. Ein Auftrag

für die gerade laufenden Finanzausgleichsverhandlungen zwischen Bundländern und Gemeinden, denn hier werden ja die Weichen für die kommenden fünf Jahre gestellt. Außerdem mehr Unterstützung beim immer größer werdenden Faktor Demenz. Und da muss man schauen, dass auf der anderen Seite pflegende Angehörige geschult werden, um mit diesen Verhaltensauffälligkeiten umzugehen und zweitens da mehr professionelle Unterstützung ins System reingeben. Heißt nichts anderes als neben der mobilen Pflege braucht also auch der Ausbau von Hilfe und Unterstützung bei Demenz möglichst rasch mehr Geld. Viel Innenpolitik heute im Samstagmorgen, schon auch im Mittagsschmal. Hier ein Hinweis. Die SPÖ hat diese Woche ein Modell einer Erbschaftssteuer auf den Tisch gelegte Neos. Sie sind zwar gegen neue Steuern einer Erbschaftssteuer lehnt, Neoschefin Bertamain Reising, aber nicht kategorisch ab. Im Gegenzug, so sagt sie, müssten aber jedenfalls die Lohn neben Kosten gesenkt werden. Vermögensteuern auf Substanz kommen für mich absolut nicht in Frage. Erbschaftssteuern, die ja sozusagen beim Erben, ohne Leistung, wenn man so will, passiert ist. Das lehnen wir jetzt nicht prinzipiell ab, aber wo ich kategorisch nein sage, ist dazu, das ist eine neue Steuer und hab dazu, kommt das sehe ich nicht ein. Aber generell, also ganz ausschließend tun sie eine Erbschaftssteuer dann auch nicht heuch daraus. Als gelernte Österreicherin.

Und jetzt bin ich auch schon Politikerin, erzeitlang habe ich eines gelernt. Erstens einmal neue Steuern werden von denen, die sie fordern, immer zickfach ausgegeben im Kopf. Also auch der Herr Babler hat seine Millionärsteuer schon zickfach ausgegeben. Zweitens. Man beginnt bei den Millionären und landet am Ende doch in der Mitte, bei Mittelstand und bei den Häuselbauern. Und das Dritte für jede neue Steuer, die eingeführt wird, wird keine alte gesenkt. Wenn Vorschläge am Tisch kommen, die wirklich auch realistisch da nicht eine Massensteuer bedeuten und eine Gegenfinanzierung oder im Idealfall sogar noch eine deutliche Senkung, noch weitere Senkung der Lohn-Einkommenssteuer sind, dann kann man überall reden, aber jetzt ist nicht die Zeit der Verhandlungen. Sag mir, Chefin Meindl-Reisinger, mehr dazu. Sie ist heute Mittag im Journal zu Gast.

Richtervereinigungspräsident Sabine Matheke ist ja aus Protest gegen die immer noch offenen Postenbesetzungen in der Justiz zurückgetreten. Ein Nachfolger, der bisherige Vizepräsident Gernot Kandort, hat auch gleich speziell die durch die Regierung verschleppten Nachbesetzungen kritisiert. Welche Punkte der neue Richtervereinigungspräsident noch kritisch sieht, hat er mit Peter Pichler besprochen. Seit 115 Jahren setzt sich die Richtervereinigung für die Unabhängigkeit der Rechtsprechung, das funktionieren des Rechtsstaates ein und versteht sich als Schützerin des Rechtsstaates. Darauf, wie Loch der neue Präsident der Richtervereinigung Gernot Kandort ein Hauptorgenmerk liegen.

Diese Grundprinzipien, die absolut notwendig sind, dass wir alle friedlich miteinander leben, dass das nicht zur Macht der Stärkeren kommt, dieses Bewusstsein noch mehr in die Bevölkerung zu tragen.

Kandort verweist etwa auf die Situation in Israel, wo die Regierung zuletzt die Höchstgerichte entmachtet hat. Falls derartige Tendenzen wie in Israel auch in Österreich auftreten sollten, brauche man die Unterstützung der Zivilgesellschaft, sagt Kandort.

Also einfach Bewusstseinschaffung, was heißt es eigentlich, dass wir diesen Wert an der Unabhängigkeit der Gerichtsbarkeit haben, dass wir rechtsstaatlich sind. Da, glaube, gibt es noch gewisse Bildungslücke in der Gesellschaft und da müssen wir sicherlich noch mehr tun. Einen weiteren Schwerpunkt sieht der Präsident der Richtervereinigung bei den anstehenden Budgetverhandlungen. Zwar habe der stille Tod der Justiz den Interims Justizminister Clemens Japloner vor einigen Jahren angebrangert hat, unter der grünen Justizministerin Alma Sardinic abgewandt werden können. Aber wir sind weit davon entfernt, ausreichend Personal zu haben.

Es hat in den letzten Jahren überproportionale Planstellen, Vermehrungen bei den Staatsanwälten gegeben. Es hat bei der Polizei zusätzliche Planstellen gegeben. Es hat Gesetzesvorhaben gegeben, die nicht mehr bedarf an richterlicher Arbeit nicht abgedeckt wurde. Da muss noch gezogen werden und ich erwarte mir bei den heurigen Budgetverhandlungen schon ein deutliches Gruß bei den Richtern. Die Zahl der vielen Richterplanstellen sieht Kandort im höheren zweistelligen Bereich. Auch die Verfahrensdauer würde mit mehr Richtern kürzer, sagt Kandort. Und wenn man die Gerichtsverfahren schneller machen möchte, dann muss man halt schauen, dass es genug Personal da ist. Wie bei allen anderen Berufsgruppen gilt es auch für die Justiz, junger Menschen für den Job zu gewinnen, sagt Kandort. Es ist sinnstiftend, es ist spannend. Im juristischen Bereich wahrscheinlich der Abwechslungsreichste, den es gibt. Man muss nicht akquirieren, die Arbeit kommt von allein. Es sind also wirklich Fakten, die diesen Beruf einfach wirklich erstrebenswert machen. Weil das, müsse man verstärkt an die jungen Menschen transportieren. Da passiere zwar schon viel seitens der Justizverwaltung, aber man müsse gemeinsam noch mehr Bewusstsein schaffen, so Kandort. Damit nach Frankreich um gleich 7 Uhr, 18, nach wochenlangen Protesten, nämlich nach wochenlangen Protesten zu Jahresbeginn ist jetzt die umstrittene Pensionsreform in Frankreich in Kraft getreten, aber sie hier da eher lautlos. Das Pensionsantrittsalter wird nun schrittweise von 62er-64 Jahre angehoben, damit scheint Präsident Macron's größtes Reformvorhaben umgesetzt zu werden, wie gesagt, eher lautlos. Obwohl Oppositionen und Gewerkschaften weiterhin versuchen, die Reform zu stoppen, berichtet Saus-Paris-Kanellia Primasch. In der Zweigstelle der Pensionsversicherung in Sandini im Norden von Paris laufen die Telefone heiß. Die neuen Pensionsregeln sind nun in Kraft- und Werfenfragen auf. Wir müssen vielen erklären, dass sie ein oder zwei Kardale länger arbeiten müssen. Schrittweise erhöht sich das Pensionsantrittsalter von 62 auf 64 Jahre. Betroffen sind bereits jene, die gerade ihren 62. feiern. Sie müssen bereits ein Quartal länger arbeiten, wie die Kindergärtnerin Sylvie Berron. Sie wollte ursprünglich im November in den Ruhestand treten. Ich wurde von der Pensionsversicherung verständigt, dass ich bis Februar 2024 arbeiten muss. Drei Monate sind nicht viel, aber nach so einem langen Berufsleben ist das schon mühsam. Zumal sich nicht nur das Antrittsalte nach hinten verschiebt. Die Französinen und Franzosen müssen auch länger einzahlen, um die volle Pension zu erhalten. 43 Beitragsjahre werden nun mehr verlangt. Sie habe bereits eine Pensionsreform hinter sich mit der Anhebung auf 62 Jahre, sagt Sylvie Berron. Das habe sie damals schon enttäuscht. Entsprechend groß waren die Proteste gegen Emmanuel Macron's wichtigstes Reformprojekt. Mit Streiks und Demonstrationen haben die Gewerkschaften dagegen von jener bis Mai mobilisiert. Zur Eskalation führte die Verabschiedung der Reform mittels Verfassungsartikels also ohne abschließende Parlamentsabstimmung.

Macron musste wegen der Ausschreitungen sogar den Staatsbesuch von König Charles absagen. Der wird jetzt im September nachgeholt. Denn die Wut ist der Resignation gewichen, trotzdem versucht Sophie Biné von der gewichtigen Gewerkschaft CGT weiterhin die Reform zu stoppen.

Sie verlangt von Präsident Macron ein Referendum über die Pensionsreform und ruft zu einer weiteren Demonstration Mitte Oktober auf. Doch die Reform sei notwendig, versucht der zuständige Arbeitsminister Olivier Dussort einen Schlusstrich zu ziehen. Ohne Reform hätten wir 2030 ein Defizit von 18 Milliarden Euro pro Jahr. Mir wird sogar erklärt, dass unsere Reform nicht weit genug gehe.

Selbst wenn sich dies bewahrheiten sollte, wird Präsident Macron die nächste Pensionsreform, seinem Nachfolger oder seiner Nachfolgerin überlassen. Eine Nachfolger sucht wohl auch der spanische Fußballverband für seinen Präsidenten, der hat sich ja mit seinem unmöglichen Verhalten beim Frauen-Fußball-WM-Finale und danach quasi selbst aus dem Amt katapultiert. Aber mittlerweile geht es in Spanien nicht mehr nur um ihn, sondern sozusagen im Sog der Ereignisse melden

sich immer mehr Journalistinnen und machen Übergriffe publikbetriehet aus Madrid, Joseph Manolda.

Redaktionen als Schauplätze von Übergriffen und Machtmissbrauch. Schon einmal sind Spanien Journalistinnen im Jahr 2018 gegen Führungskräfte aufgetreten, die Wielfähigkeit mit dem Versprechen

auf Karrierechancen belohnten. Jetzt erleben Spanien's Medien im Sog der Fähre Rubiales einen neuen Me Too Moment. Spanien's Fußballpräsident hatte der Weltmeisterin Jenny Hermoso einen Kuss aufgetränkt ohne ihre Einwilligung. Was das Gesetz der sexuellen Freiheit als Delikt andet, fand vor Millionen Publikum statt. Die Erlebnisse mehrerer Journalistinnen, die in Social Media auftauchen, fanden unter vier Augen statt und liegen oft Jahre zurück. Eine Betroffene schreibt von einem Zwischenfall, den sie lange verdrängte. Erst jetzt habe sie die Kraft gefunden darüber zu schreiben. Anna Rekena ist Genderbeauftragte der Tageszeitung El Diario. Der Fall Rubiales hat vieles wieder aufgewühlt. Frauen sehen sich verpflichtet, Übergriffe publik zu machen. Spanien's Weltmeisterinnen beklagen das geringe Echo ihres sportlichen Erfolgs. Er werde vom Skandal um den inzwischen suspendierten Luis Rubiales überschattet. Als Präsident und wem Mannschaft im Flieg aus Australien zurückkehrten,

versuchte Rubiales bei einer Zwischenlandung, Jenny Hermoso zu überreden, den Kuss als eine einverständliche Handlung zu beschreiben. In seiner Verteidigungsrede vor dem Fußballverband

machte Rubiales die Spielerin verantwortlich. Sie hätte ihm nicht zu verstehen gegeben, dass sie die Umarmung unter Kuss unangenehm seien. Für Gleichheitsministerin Irene Monterra von

Unidas Podemos ist das ein Teil der Vergewaltigungskultur. Machismo und Ungleichheit sind in unserer

Gesellschaft vorhanden. Wir sind verpflichtet, mit der Ungleichheit aufzuräumen. Bei der Verleihung des Titels der Fußballerin des Jahres sprach auch die Premierierte Katalanin Aitana Bonmati die Problematik an. Als Gesellschaft können wir nicht zulassen, dass Männer im Arbeitsleben ihre Macht missbrauchen. Eine öffentliche Debatte über Missstände in allen Lebenssituationen ist

den Gang gekommen. Eine Journalistin schildert, wie sie vom prominenten Kulturredakteur mit feministischer Agenda zuerst in eine Beziehung geträgt und in der Folge vor Redaktionsmitgliedern beschimpft und erniedrigt wurde. Der beschuldigte Redakteur wurde inzwischen freigestellt. Er hat sein Profil in den Social Media gelöscht und war für eine Stellungnahme nicht erreichbar. Aber auch die Frau, die mit ihrer Darstellung zur Mietu-Debatte im Journalismus beiträgt, musste aufgrund der an Sie gerichteten Hass-Bostings ihren Account schließen.

Berichtet die Josef Manola aus Madrid und Kulturen und am Morgen schon ein. Die 2014 verstorbenen Malerin Maria Lasnick ist in China nicht allzu bekannt, aber das könnte sich jetzt ändern. Gestern Abend wurde dort die erste groß angelegte Retrospektive zu Maria Lasnicks weitreichenden künstlerisches Schaffen eröffnet. 36 Werke aus fünf Jahrzehnten werden bis Jena im Pekinger Ulens Center for Contemporary Art zu sehen sein, wie aus Peking Nina Dylens berichtet.

Zwei nackte Gestalten auf Blassgrün im Hintergrund. In typischer Lasnick-Manier ohne Haare und Hinterkopf. Obwohl die chinesischen Besucher erst an das Werk Lasnicks herangeführt werden sollen,

ist die Ausstellung nicht chronologisch von früh nach spätwerk aufgebaut, sondern nach vier Themenkomplexen auf vier Räume aufgeteilt. Vom ersten Raum, der mit frühen Werken wie Mutter und Vater unter dem Titel zwei Arten des Seins steht, über Lasnicks Tierbilder bis hin zur Körperkunst, die Lasnick berühmt machte. Ein zentrales Werk ist dabei das Bild Woman Power aus Lasnicks Zeit in New York 1979. Das Ganze im Stile King Kongs, die Künstlerin selbst, überlebensgroß durch Manhattan's Wolkenkratzer spazierend zeigt. Lasnick hat sich Zeitlebens gegen den Begriff Frauenkunst ausgesprochen, dennoch wird sie oft mit feministischer Kunst assoziiert. Wie wird das in China, einem Land, in dem der Feminismus noch nicht in der Mitte der Gesellschaft angekommen ist, wahrgenommen? Philip Tinari, Direktor des UCA dazu.

Maria Lasnick hatte selbst eine komplexe Beziehung zum Feminismus, aber durch Ideen, wie der im Körper bewusst sein, war sie trotzdem auch eine Pionierin in puncto weibliche Perspektive. Wenn man sich ihre Kunst anschaut, dann kann das natürlich auf alle möglichen Arten und Weisen interpretiert werden, aber man kann auch einfach eine Begegnung mit diesen sehr tiefgründigen nachdenklichen Werken haben. Wenn wir Kunstwerke direkt als solche präsentieren, vermeiden wir politische Konnotationen. Beim durchgehende Ausstellung wird sichtbar, dass sich eine mit dem Alter graduell zunehmende Auseinandersetzung mit der eigenen Sterblichkeit durch Lasnicks

schaffen zieht. Das wird vor allem im letzten Raum deutlich, wo ein einziges, kleinformatiges, buntes Bild höher hängt als alle anderen. Der Titel Soon I Will Be Above The Clouds. Im selben Raum fasst ganz zuletzt das Titelgebende Bild Happy Martian, fröhlicher Marsmensch. Maria Lasnick

blickt den Betrachter im Astronautenhelm entgegen. Kokoratorin Antonio Hörschelmann von der Wiener

Albertina zu Maria Lasnicks Blick auf sich selbst und die Welt. Diese Dialoge, die sie mit sich und der Umwelt führt oder mit auch fiktiven Bereichen wie zum Beispiel Gerüchen, Elektrizität, Geräuschen,

die sie versucht in ihren Bildern einzufangen und damit auch ihr Interesse präsentiert wird, immer wieder neue Themen, neue Aufgaben zu suchen, auch überall das bisher bekannte hinaus. Manche von Lasnicks Bildern, die durchaus auch von Maschinen und Zellquerschnitten handeln



können,

wohnt tatsächlich eine Prise Science-Fiction inne. Und damit ist die Ausstellung im modernen China bestens aufgehoben. Auf zu neuen Welten. Auf zu neuem könnte es auch bald in Berlin heißen, dass eine ungewöhnliche Kombination von Kultur und Kommerz in Sicht, die Zentral- und Landesbibliothek, könnte nämlich ins Luxus-Kaufort Lafayette umziehen, ins Zentrum der Stadt in der Friedrichstraße. Der Berliner Kultur-Senator hat mit diesem Vorschlag etliche, jedenfalls überrascht, manche auch erfreut Gespräche mit den Besitzern des Gebäudekomplexes laufen bereits, berichtet Andreas Jälle. Eines ist sicher, die Berliner Zentral- und Landesbibliothek muss umziehen. Derzeit ist die Bibliothek auf zwei Standorte verteilt, die sind aber zu klein und marot. Seit Jahren wird eine neue Bleibe gesucht, jetzt macht Kultur-Senator Joe Giallo einen unerwartenden Vorschlag. Das Luxus-Kaufort Lafayette. Dort ist der Auszug 2024 geplant und wir sind in Gesprächen.

Schmökern statt Schopen, der Direktor der Bibliothek ist begeistert. Volker Heller spricht sogar von einer Jahrhundert-Chance. Diese Chance ist, glaube ich, einmalig. Die kommen so oft nicht wieder. Das ist ein Gebäude, das passt von der Proportion, das passt von der Architektur. Das liegt in einer Lage, die von der Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr für eine Zentralbibliothek, die also für die ganze Stadt ja da sein soll, gerade zu ideal ist.

Sollte das Lafayette wirklich ausziehen, wäre das eine Win-Win-Situation, sagt Olaf Zimmermann vom

deutschen Kulturrats. Ich finde die Idee einfach superklasse zu sagen, nein, wir wollen keinen gigantischen Leerstand, sondern wir wollen ein bildungs- und kulturelles Problem, was über wirklich Jahrzehnte sich aufgebaut hat, endlich lösen. Und da hätte man eine wirkliche Zukunftsperspektive.

Auch die Berlinerinnen und Berliner sind angetan von dieser Idee. Ganz interessant, warum nicht? Naja, bevor es leer steht, ist die Landesbibliothek noch nicht schlecht, oder?

Der Preis ist immer halt die Sache. Wenn es jetzt irgendwie ein mehrere Millionen-Milliarden-Projekt

wird, wird es für mich dann wieder auch ein bisschen kritischer. Aber an sich ist die Idee eine schöne.

Für den Kultursenator spricht die Lage dafür im Zentrum der Stadt. Entscheidend ist aber der Kaufpreis. Wie viel der Besitzer eine US-amerikanische immobilien Firma dafür will.

Inwieweit wird das kostenseitig, aber eben auch von einer Location wie dieses tolle Haus in der zentralen Lage der Stadt ist und sicherlich auch die Friedrichstraße neu beleben könnte,

wie wir damit umgehen. Ursprünglich hat es auch Pläne für einen Neubau gegeben, die wurden aber aus Kostengründen verworfen, statt dessen ein Umzug überlegt. Und wir umgehen auf elegante Art und Weise alle Risiken von Neubau, die wir ja aus Berlin zur Genüge kennen.

Volker Heller meint damit wohl den Berliner Flughafen, aber auch das Museum der Moderne oder das Bergamonomuseum, die deutlich mehr gekostet haben als ursprünglich geplant.

Für den neuen Standort im Lafayette könnte man den Kaufpreis auch splitten. Der Vorteil, den diese Lösung möglicherweise hat, ist, dass man die Finanzierung über viele Haushaltsjahre auch strecken kann und damit die Belastung in den jeweiligen einzelnen Haushaltsjahren überschaubar gestaltet werden kann. Es braucht jedenfalls bald eine Lösung für die Landesbibliothek,

sagt Olaf Zimmermann. Die Realisten sagen, es kostet 500 Millionen Euro. Diejenigen,

die das Projekt gerne verhindern wollen, sagen, es kostet mindestens eine Milliarde. Das kann ich überhaupt nicht beurteilen. Aber die Stadt Berlin muss sich einfach überlegen, ob letztendlich ihre wichtigste bildungspolitische Einrichtung zeitgemäß ausgestaltet wird. Und das müssen Sie sowieso überlegen und das kostet sowieso Geld und deswegen finde ich es vollkommen okay, jetzt darüber zu streiten, ist das zu wenig, ist das zu viel, was muss man machen, aber nichts machen, wird Berlin auf Dauer nicht können. Groß genug wäre das derzeitige Lafayette. Auf 35.000 Quadratmetern hätten alle Bücher Platz insgesamt etwa dreieinhalb Millionen.

Verrichtet Andreas Sjölja aus Berlin und damit zu Christina Kroins ins Nachrichtenstudio.

Knapp drei Monate nach Beginn der ukrainischen Offensive im Süden des Landes gegen Russland sprechen die USA von deutlichen Fortschritten der Ukraine. Es gab der Sprecher des Nationalen Sicherheitsrates der USA John Kirby bekannt und verwies auf die letzten 72 Stunden. Ziel der Offensive ist es, die von Russland gehaltene Landbrücke zwischen Russland und der Krim zu durchbrechen. Tanken ist in Österreich über den Sommer wieder deutlich teurer geworden. Im Schnitt zahlen jetzt die Menschen an der Zapfsolle 1,70 Euro für einen Liter Kraftstoff. Kritik kommt vom ÖAMTC an der Mineralölindustrie, denn die Preise für Benzin und Diesel seien kräftiger gestiegen als der Preis für Erdöl. Die Industrie argumentiert mit einer hohen Nachfrage. In Österreich ist jedes siebte Gebäude gefährdet, durch Extremwetter Schaden zu nehmen. Das zeigt eine Studie der Universität für Bodenkultur in Wien. Insgesamt wurden 2,4 Millionen Gebäude analysiert. Das Ergebnis sei laut Studienleiter Sven Fuchs überraschend. Er spricht sich für eine Pflichtversicherung gegen Extremwetterereignisse aus. Damit Sorge in Hongkong und Südkina erwartete

Tai Fung Sao La ist im Süden Chinas auf Land getroffen. Sovor hat der Hongkong gestreift. Meins 50 Menschen wurden verletzt. Seit den frühen Morgenstunden befindet sich der Typhoon südlich der chinesischen Stadt Chuhay. Er soll sich aber abgeschwächt haben.

Mohammed Al-Fayed, der ehemalige Besitzer des Londoner Luxuskaufhauses Harrods und des Fußballklubs Fulme MFC ist Tod. Er wurde 94 Jahre alt. Weltweit bekannt war der in Ägypten geborene Geschäftsmann Al-Fayed auch durch die Verbindung seines ältesten Sohnes Dodie Al-Fayed mit der verstorbenen Prinzessin Diana. Die beiden starben am 31. August 1997 bei einem Autounfall in Paris. Und das Wetter heute einiges an Sonne und Nachmittag sommerliche Temperaturen von 23 bis 29 Grad. Allerdings sind auch ein paar Wolkenfelder dabei, die auch in der Früh mit untergibtes Nebel und am Nachmittag einzelne Regenschauer und Gewitter. Und damit endet schon das Morgenjournal mit Dietmar Nürrik Technik und Christian Willwald. Zari Schieber melden uns im Journal im Acht wieder und jetzt zu guten Morgen Österreich und zu Sophia Tesla. Wir eröffnen diese musikalische halbe Stunde mit den Wiener Philharmonikern unter Leonard Bernstein. Sie hören den dritten Satz aus Ludwig van Beethoven's Zweiter Symphonie.